

CHRONIK

VON SASCHA LEHNARTZ



Was war denn das jetzt?

Wir erleben den Jahreswechsel mit Sorge. Als wir am **Mittwoch** das Bergische Land durchquerten, entnahmen wir dem Autoradio, dass ein örtlicher Feuerwerkshersteller mit „großem Andrang“ rechnet. Nach dem zweijährigen Corona-bedingten Verkaufsverbot für Feuerwerk hätten die Leute nun „großen Nachholbedarf“. Das ist für die darübende pyrotechnische Wirtschaft eine gute Nachricht. Aber für uns, die wir gezwungen sind, den Silvesterabend in Reichweite der in Berlin-Wedding stationierten Artillerie zu verbringen, ist der Gedanke, dass nach diesem Jahr noch irgendwer Nachholbedarf an Knallkörpern haben könnte, beunruhigend. In diesem erfrischend diversen Teil der Hauptstadt überbringt man dem Nachbarn gegenüber die Neujahrswünsche traditionell mit einer Balkon-Balkon-Rakete. Und an dieser Tradition wurde auch während der offiziellen Corona-Feuerpausen eisern festgehalten. Die klandestinen Nachschubrouten für doppelwummelnde Polenböllere sind offenbar gut gesichert.

Wenn man genug Zeit und Forschungsgelder hätte, würde man nach drei Jahren Corona gerne mal der Frage nachgehen, ob besonders kreative Verbotsmaßnahmen wie das Böllerverbot bei der Pandemiebekämpfung eigentlich irgendeinen Nutzen hatten. Oder ob das Einzige, was Maßnahmen bewirken, letztlich Nachholbedarf ist. So ähnlich wie der dreijährige Einsatz von Masken in Schulen und Kitas bei saisonalen Viren, die nicht Corona heißen, offenbar erheblichen Nachholbedarf geweckt hat, sich zu verbreiten. Wird also jetzt mehr gehustet, weil es Maskenpflicht gab, so wie mehr geböllert wird, weil es Böllerverbot gab?

Gut möglich, dass wir Silvester 2023 bei der Klärung dieser Fragen noch nicht wesentlich weiter sind. Als wir am **zweiten Weihnachtstag** ein wenig matt unter der Nordmann-Tanne lagen und gerade darüber nachdachten, dass wir dieses Jahr gar nicht nachgezählt hatten, aber auf alle Fälle gerade mehr als „vier über den eigenen Hausstand hinausgehende Personen“ unser schlecht gelüftetes Wohnzimmer bevölkerten, überraschte uns der Virologe Christian Drosten mit der Aussage, wir befänden uns in die-

sem Winter in der „ersten endemischen Welle mit Sars-CoV-2“, und nach seiner Einschätzung sei „die Pandemie damit vorbei“.

Dass Drosten sagt, die Pandemie sei vorbei, ist ungefähr so irritierend, als würde Carla Reemtsma bei Markus Lanz verkünden, die Sache mit der Erderwärmung habe sich erledigt – oder Hansi Flick im „Aktuellen Sportstudio“ das Mittelstürmerproblem für gelöst erklären. Daher waren wir beinahe beruhigt, als Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach am **Diens-**tag präzisierte, „ein sofortiges Beenden der Maßnahmen wäre leichtsinnig und wird auch von Christian Drosten nicht gefordert“.

Wäre ja auch noch schöner, wenn jetzt verbliebene Beschränkungen aufgehoben würden, wie es der waghalsige Justizminister Buschmann fordert. Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD, Heike Baehrens, erklärte diese Forderung umgehend für „voreilig“ und empfahl, den „Pfad bis zum Ende der Regelungen Anfang April“ beizubehalten. Wir sind zuversichtlich, dass sich aufgrund der Entwicklung in China bis Anfang April irgendein Argument stricken lassen wird, um die Regelungen zu verlängern. „Pfad bis zum Ende der Regelungen“ wäre übrigens mal ein sehr schöner Name für eine Straße im Regierungsviertel.

Wladimir Putin hat am **Donnerstag** mit dem chinesischen Staatschef Xi Jinping telefoniert. Putin nannte Xi dabei „seinen lieben Freund“ und bekundete, die „Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften Chinas und Russlands stärken“ zu wollen. Übersetzt heißt das: „Ich sitze in der Ukraine tief in der Patsche. Schick dringend Waffen. Egal welche.“

Es würde viel zu viel gestorben dieses Jahr. Am **Donnerstag** starb auch noch Pelé, der grandiosste aller Fußballer. Wer zu jung ist, um sich zu erinnern, wie toll der war, kann sich im Netz einen Schwarz-Weiß-Videoausschnitt von einem Länderspiel aus dem Jahr 1968 anschauen. Da verhascht Pelé erst den Vorstopper Willi Schulz, bis der umfällt, und tunnelt dann Franz Beckenbauer, der ebenfalls auf dem Hintern landet. Dann schießt er aus kurzer Distanz ans Außenetz. Schöner kann man nicht danebenschießen. Und die Kunst, schön danebenschießen, ist insgesamt völlig unterbewertet.

”
SCHÖNER
STRASSENNAME:
„PFAD BIS ZUM
ENDE DER
REGELUNGEN“



In der Doppelstadt Görlitz links und Zgorzelec rechts der Neiße haben 2000 Menschen aus der Ukraine Zuflucht gefunden, so wie Anna Feday und ihr Sohn Makar (u.). Die Bürgermeister Octavian Ursu (M. l.) und Rafal Gronicz engagieren sich gemeinsam für die Flüchtlingshilfe



MARTIN U. K. LEHMANN/WELT; MARLENE GAWRISCH (3) FÜR WELT AM SONNTAG

Das WUNDER von Görlitz

Keine deutsche Region ist der Ukraine näher als die Grenzstadt an der Neiße. Für viele Flüchtlinge ist sie zum Ort der Zuversicht geworden

Was packt man ein, wenn man sein Leben hinter sich lassen muss und nicht mehr mitnehmen kann, als in zwei Koffer und einen Rucksack passt? Ausweise, Dokumente, Zeugnisse, ein paar Kleider und Proviant. Das war alles, was die 44-jährige Choreografin Anna Feday im März eilig in ihrer Wohnung in Kiew einpackte. Dann floh sie mit ihrem achtjährigen Sohn Makar vor den russischen Bomben nach Westen.

VON CLAUDIA CHRISTIAN MALZAHN

Der sechs mal sechs Zentimeter kleine Zauberwürfel von Makar musste auch mit. „Der Würfel ist das Wichtigste!“, habe er gesagt, erzählt seine Mutter. Während ringsum der Krieg alle Gewissheiten auslöschte, sortierte der Junge in überfüllten Bussen und Zügen sein Drehpuzzle: vielleicht, um zumindest in seinem Blickfeld etwas Ordnung ins Chaos zu bringen.

Das Ziel war Deutschland. Hier war Anna Feday in den 90ern ein Jahr lang Au-pair-Mädchen gewesen und hat gute Erinnerungen daran. Die Flucht aus Kiew endete nach etwa einer Woche im 55.000 Einwohner großen Görlitz, das mit Zgorzelec auf der polnischen Seite des Grenzflusses Neiße eine Doppelstadt bildet. Von Kiew, Mariupol oder Odessa aus gesehen, ist es die am nächsten gelegene deutsche Stadt. 24 Stunden nach Kriegsausbruch kamen die ersten Autos mit ukrainischen Kennzeichen dort an; es folgten Vans, Busse und Sonderzüge, die im Keil-

bahnhof von Zgorzelec hielten. Für Anna und Makar Feday, für viele ihrer Landsleute ist die Grenzstadt zum Ort der Zuversicht geworden. Das ist eine überraschende Aussage über einen Ort, der als Hochburg der AfD gilt – einer Partei, die großes Verständnis für den Kriegsverbrecher Wladimir Putin aufbringt und wenig für Menschen, die vor seinen Granaten fliehen. An den Montagabenden ziehen wieder „Querdenker“, „Reichsbürger“ und AfD-Anhänger durch die Stadt. Früher ging es um die „Coronadiktatur“, heute werden mitunter Russlandfahrten geschwenkt und der Austritt aus der Nato und der EU gefordert. „Wir frieren nicht für eure Politik!“, heißt es da. Aber diese Aufmärsche beschreiben nicht die Stimmung in der Stadt, im Gegenteil.

Ihre Vormittage bringt Feday damit, deutsche Vokabeln und Grammatik in der Volkshochschule zu büffeln, Makar besucht die zweite Klasse der Innenstadt-Grundschule. Die beiden leben in einer Zwei-Raum-Wohnung in Bahnhofsnähe: ein Bett, eine Matratze, wenige Regale, einen Kleiderständer, keinen Fernseher. Der Borschtsch dampft auf einer Einzelkochplatte. Feday sagt: „Es geht uns gut. Die Menschen sind so freundlich.“ Sie möchte bald wieder arbeiten. Makar hat Freunde gefunden und ist laut Grundschuldirektorin Maik Bunk-Hiltscher inzwischen „einer der besten Schüler seiner Klasse“. Sein Lieblingsfach ist Mathe. Ein Märchen?

Jedenfalls eine Geschichte, die bisher gut verläuft, auch wenn das Kraft kostet. Im Sommer stellte sich Feday die entscheidende Frage, wo sie eigentlich leben will. Ihre Schwester und ihre Mutter sind in der Ukraine geblieben. Aber ihre Zukunft, hat die 44-Jährige

entschieden, liegt jetzt in Deutschland. Von Makars Vater ist sie schon lange getrennt. „Ich will keine verlorenen Jahre. Unser Leben muss weitergehen. Hier in Görlitz“, sagt sie. „Die Stadt ist gut zu uns!“

Die Hilfsbereitschaft der Bürger sei riesengroß, sagt Oberbürgermeister Octavian Ursu stolz. Als die Flüchtlinge auf der östlichen Neißeseite anlandeten, organisierte der CDU-Politiker mit seinem polnischen Amtskollegen Rafal Gronicz unbürokratische Hilfe. Dutzende Pendelbusse wurden bereitgestellt, die Hilfesuchende in Privatquartiere brachten. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, betont Ursu, hätte das alles nicht geklappt im Frühjahr. Zgorzelec unterhält indes mit der zentralukrainischen Stadt Myrhorod eine Partnerschaft, der Bürgermeister Gronicz telefoniert oft mit seinem Amtskollegen, der ihm von Bombenangriffen berichtet, von eiskalten Wohnungen ohne Strom. Gronicz organisiert gerade die Lieferung von drei Generatoren nach Myrhorod, 1000 Euro fehlen noch für den Transport.

Görlitz und Zgorzelec wachsen seit dem Überfall auf die Ukraine regelrecht zusammen. Drei Tage nach Kriegsausbruch versammelten sich auf der Altstadtbrücke, die beide Städte verbindet, mehr als 500 Polen und Deutsche zu einer Protestversammlung gegen den Krieg. Anders als im Flüchtlingswinter 2014/15, als vor allem junge Männer kamen, wurden nun die Frauen, Kinder und Jugendlichen mit offenen Armen empfangen. Rund 1200 leben inzwischen auf der deutschen, etwa 800 auf der polnischen Seite. Dazu kommen noch einmal 1000

Ukrainer, die schon vor Kriegsausbruch nach Zgorzelec gezogen waren.

So sei Görlitz, das lange unter seiner Randlage litt, „wieder etwas voller und lebendiger geworden“, freut sich Franziska Schubert, die aus der Neißestadt stammende Fraktionschefin der Grünen im Sächsischen Landtag. Der Kreis hat zwar einen Aufnahmestopp verhängt, aber mit Einbruch des Winters ist die Zahl der Flüchtenden wieder angestiegen. Neben dem Büro der Grünen am Wilhelmplatz hat mit Schuberts Hilfe das „ukrainische Zentrum“ Quartier bezogen; die erste Adresse für jeden Flüchtling, der Orientierung sucht. Hier führt vor allem die Ukrainerin Natalia Agranonik, 61, Regie, eine gelernte Bauingenieurin, die schon vor Jahren aus Nürnberg nach Görlitz zog, „weil ich mich hier in die Architektur verliebt habe“. Agranonik spricht gut Deutsch, kennt inzwischen fast jeden Vermieter der Stadt und hat mit freundlicher Beharrlichkeit noch fast jeden Flüchtling in warmen vier Wänden untergebracht.

Auf der Wartebank sitzt an diesem Tag eine 40-jährige Frau mit ihrer kleinen Tochter; sie sind aus dem okkupierten Donezk geflohen. Die Mutter der Frau ist schon in Görlitz untergekommen, deshalb darf auch sie bleiben. Bürgermeister Ursu berichtet, dass die Bereitschaft der Neuankommlinge, sich zurechtzufinden, die Sprache zu lernen, schnell einen Job zu finden, enorm sei. Die Integrationskurse an der Volkshochschule sind voll, in der Altstadt-Grundschule lernen ukrainische Erstklässler fleißig Deutsch. Bei einer Stippvisite im Klassenzimmer springen die Knirpse vom Platz auf, rufen fröhlich „Guten Morgen“, sprechen im Chor ein Gedicht: „Advent, Advent, ein Lichtlein brennt ...“ Sie kennen alle Strophen. Und Beraterin Agranonik erzählt, als die Stadtverwaltung am Martinstag Hilfe brauchte, hätten Mitglieder des Zentrums Laternen an den Bäumen aufgehängt; „weil wir etwas zurückgeben wollten“. Denn „die Türen und Herzen der Görlitzer sind offen“.

Aber wie sieht es in den Herzen der Ukrainerinnen aus? Darüber kann Joachim Trauboth berichten: Der 69-jährige frühere Unternehmensberater kümmerte sich im März um eine Geflüchtete, die mit ihren Kindern eine Bleibe suchte. Der Sozialdemokrat organisierte eine Mietwohnung, sammelte Spenden. Beim Einzug, mitten im Jubel über die Unterkunft, klingelte das Handy der Frau. Es war eine Nachricht von der Front. Der Ehemann, kurz zuvor in die Armee eingezogen, lag, von einem Kopfschuss getroffen, im Hospital. Die Frau brach weinend zusammen, die Kinder schluchzten. Wie ein Blitz war der Krieg in die Idylle eingeschlagen.

Trauboth versuchte zu trösten und machte sich auch auf die Suche nach psychologischer Hilfe, wurde aber nicht fündig. Zehn Monate später empfängt der „Unruheständler“ in der „psychologischen Beratungsstelle und Selbsthilfeeinrichtung für traumatisierte Frauen und Kinder aus der Ukraine“. Die hat er gegründet. Ein Dutzend Ukrainerinnen, darunter eine Kinderärztin, Psychologinnen, Sozialpädagoginnen und Erzieherinnen, leisten hier Unterstützung. „Wir helfen uns auch selbst damit“, sagt Victoria Sheliia, die das Psychologinnen-Team leitet.

Fast 600 Erwachsene und rund 500 Kinder haben hier schon Rat gefunden. Die Bürgermeister der Doppelstadt haben auf dem Görlitzer Weihnachtsmarkt gemeinsam Kartoffelsuppe ausgeteilt; ein paar Hundert Euro an Spenden kamen zusammen. Im neuen Jahr kann die Beratungsstelle in größere Räume umziehen.

Wie tief die Schrecken des Krieges sich etwa in die Kinderseelen gefressen haben, ist beim Blick auf einen Stapel Zeichnungen zu ahnen, die in einem Besprechungszimmer liegen. Die Bilder zeigen Teufel, Panzer und Pistolen, einen riesigen Blutfleck, Tote. Und die ukrainischen Frauen, sagt Trauboth, „lächeln tagsüber und weinen nachts“. Im Zentrum kann man den Schmerz zwar nicht abstellen. Aber ihn teilen. Worte finden gegen Ohnmacht und Lethargie. „Manchmal weinen wir mit unseren Klientinnen“, sagt Sheliia. Wie lange wird der Krieg noch dauern? Welche Qualen hält er noch bereit? Das können auch die Psychologinnen nicht beantworten. Aber sie wissen, dass sie und ihre Landsleute an beiden Ufern der Neiße willkommen sind.

Bürgermeister Ursu betont oft, seine Stadt liege nicht nur im äußersten Osten Deutschlands, sondern vor allem auch mitten in Europa. Durch die Stadt läuft der 15. Meridian Ost. In einem Park erinnert ein erdugelförmiger Stein daran, dass die mitteleuropäische Zeit gewissermaßen aus Görlitz stammt. Zuwendung und Hilfsbereitschaft lassen sich zwar mathematisch kaum erfassen, aber diese Stadt könnte dafür den Maßstab liefern.

Umfrage: Solidarität mit Ukraine ungebrochen

Kiew soll über Friedensgespräch allein entscheiden

Als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am 27. Februar drei Tage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine eine „Zeitenwende“ ankündigte, ging er politisch in die Vorhand wie selten ein Regierungschef vor ihm. Die Ampel-Regierung brachte mit den europäischen Verbündeten nicht nur neue Sanktionen auf den Weg. Es ging auch um robuste Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet, eine Tagesreise von Deutschland entfernt. Die Bundesrepublik war zwar nicht Kriegspartei, parteiisch war Deutschland dennoch.

Das Russland-Bild hierzulande hatte sich bereits 2014, nach der Okkupation der Krim, rasant verändert. Allerdings stand die Mehrheit der Deutschen Waffenlieferungen lange skeptisch gegenüber. Nach dem 24. Februar änderte sich auch das. Die Hilfsbereitschaft gegenüber ukrainischen Flüchtlingen, die zu Zehntausenden nach Westen flohen, war groß. Doch in Berlin fragten sich schon im Frühjahr viele Politiker, wie lange diese Empathie anhalten würde.

WELT AM SONNTAG. Demnach sind einerseits 50 Prozent der Deutschen nach wie vor überzeugt, dass allein die Regierung in Kiew darüber entscheiden sollte, wann Waffenstillstandsverhandlungen mit Moskau aufgenommen werden sollen. Demgegenüber plädieren immerhin 31 Prozent dafür, der Westen möge die Initiative ergreifen und Kiew zur Aufnahme entsprechender Gespräche bewegen.

Nach einem eventuellen Friedensschluss sieht eine relative Mehrheit der Deutschen die Ukraine als Partner in der Nato beziehungsweise der EU. Eine Mitgliedschaft sowohl im transatlantischen Bündnis als auch in der europäischen Staatengemeinschaft halten 31 Prozent für wünschenswert. Für die Aufnahme nur durch die Nato plädieren zehn Prozent, 13 Prozent halten ausschließlich den EU-Beitritt für richtig. 26 Prozent der Befragten sind grundsätzlich gegen die Aufnahme der Ukraine in eine dieser Institutionen. Ostdeutsche sind hierbei wesentlich skeptischer und lehnen zu 37 Prozent eine Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato oder der EU grundsätzlich ab. Hingegen gibt es in der Frage nach einer Friedensinitiative keinen nennenswerten Ost-West-Unterschied. Befragt wurden zwischen dem 16. und 21. Dezember 2075 Menschen, 19 Prozent von ihnen wollten sich in beiden Fragen nicht festlegen.

CCM